

Pressekontakt:

Jascha Engelhardt
Tel.: 06131 / 208 3016
Mobil: 0170 / 324 8445
Fax: 06131 / 208 4022
E-Mail: jascha.engelhardt@fdp.landtag.rlp.de

Die FDP-Fraktion im Internet:

www.fdp-fraktion-rlp.de
www.facebook.com/FDP.Fraktion.RLP
www.twitter.com/FDPFraktionRLP

Pressemitteilung

Nr. 10/2018 - Mainz, den 07.02.2018

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz läuft auf Hochtouren Steven Wink: Liberale Wirtschaftspolitik trägt Früchte

Mainz. Aus dem heute, am 7. Februar 2018, vorgestellten Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammer (IHK) geht hervor, dass die rheinland-pfälzischen Unternehmen die wirtschaftliche Situation im Land als ausgesprochen positiv bewerten. Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Steven Wink:

„Der rheinland-pfälzischen Wirtschaft geht es ausgezeichnet. Dies wird durch den Konjunkturbericht der IHK eindrucksvoll bestätigt. Noch nie haben die Unternehmen in unserem Land so optimistisch in die Zukunft geblickt wie heute. Es zeigt sich: Die liberale Wirtschaftspolitik der Regierungskoalition trägt Früchte.

Mit den Rekordinvestitionen in die Infrastruktur, dem Anschluss des Landes an das schnelle Internet, der Gründerallianz sowie der engen Vernetzung zwischen Wirtschaft und Politik schaffen wir ideale Voraussetzungen dafür, dass Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein attraktiver Standort sein wird.

Gleichzeitig zeigt der Bericht der IHK auch, dass der Fachkräftemangel stärker in den Fokus rücken muss. Mit der Fachkräftestrategie, Ausbildungscoaches und dem Meisterbonus hat die Koalition in Rheinland-Pfalz bereits tragfähige Konzepte auf den Weg gebracht, die die berufliche Bildung attraktiver machen. Gleichzeitig sorgen wir mit einer engen Kooperation zwischen Wirtschaft, Forschung und Hochschulen dafür, dass unsere Wirtschaft auch in Zukunft auf gut ausgebildete Akademiker und Akademikerinnen zurückgreifen kann.

Von der neuen Bundesregierung erwarten wir, dass sie endlich ein Einwanderungsgesetz auf den Weg bringt, das den Zuzug qualifizierter Menschen aus dem Ausland erleichtert. Vor allem die CDU blockiert ein solches Gesetz seit Jahrzehnten und setzt mit ihrer sturen Verweigerung die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf Spiel.“